



Niederschrift Konstituierende öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität

Sitzungstermin:	Donnerstag, 29.08.2019
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:58 Uhr
Ort, Raum:	Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Andreas Walter	Bündnis 90/Die Grünen	Leitung der Sitzung
---------------------	--------------------------	---------------------

Ausschussmitglieder

Herr Leon Troche	SPD
Herr Fabian Twerdy	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Michél Berlin	DIE LINKE
Herr Matthias Finken	CDU
Frau Dr. Anja Laabs	DIE aNDERE

zusätzliches Mitglied

Herr Björn Teuteberg	Fraktion der Freien Demokraten
----------------------	-----------------------------------

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Dr. Hagen Wegewitz	SPD
Herr Sascha Krämer	DIE LINKE

Beigeordnete

Herr Bernd Rubelt	Beigeordneter Geschäftsbereich 4
-------------------	-------------------------------------

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Uwe Adler	SPD	entschuldigt
Frau Tina Lange	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Sebastian Olbrich	AfD	entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Frau Dr.med. Carmen Klockow	Bürgerbündnis	nicht entschuldigt
-----------------------------	---------------	--------------------

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Daniel Friese	AfD	entschuldigt
--------------------	-----	--------------

Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes

Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	entschuldigt
----------------------	---------------	--------------

Gäste

Herr Harald Kümmel	(Planungsbüro) zu TOP 5.2, 5.3, 5.4
Herr Norman Niehoff	(Bereich Verkehrsentwicklung) zu TOP 5.5, 5.6, 5.10, 5.11, 5.12, 5.13
Frau Petra Runge	(ProPotsdam) zu TOP 5.7
Herr Thomas Schenke	(Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen) zu TOP 5.8, 5.9, 5.14

Schriftführer/in:

Frau Anhoff

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung / Feststellung der Sitzungszeiten
- 3 Bestellung des Schriftführers / der Schriftführerin
- 4 Wahl der/des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 5.1 Innovative Radverkehrslösung in Golm
Vorlage: 19/SVV/0037
Einreicher: Dr. Saskia Ludwig (Ortsbeirat Golm)

- 5.2 Weiteres Verfahren zum Bebauungsplan Nr. 142 "Schulstandort Waldstadt-Süd"
Vorlage: 19/SVV/0723
Einreicher: Oberbürgermeister, Planungsbüro
- 5.3 Schulstandort Waldstadt-Süd
Vorlage: 19/SVV/0193
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
KUM, B/Sp.
- 5.4 Planungen von Schulneubauten und Sportplätzen in der Waldstadt
Vorlage: 19/SVV/0691
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
KUM, B/Sp.
- 5.5 VBB-Kombiticket für Potsdamer Erstligavereine und publikumswirksamen
Ligabetrieb
Vorlage: 19/SVV/0572
Einreicher: Fraktion CDU
KUM, B/Sp., FA
- 5.6 Kostenloses Schüler- und Azubi-Ticket
Vorlage: 19/SVV/0597
Einreicher: CDU-Fraktion
KUM, B/Sp., FA
- 5.7 Abrissmoratorium Terrassenhaus Nutheschlange
Vorlage: 19/SVV/0612
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
- 5.8 Sanierung des Fuß- und Fahrradweges am Schafgraben
Vorlage: 19/SVV/0647
Einreicher: CDU-Fraktion
KUM, SBWL
- 5.9 Mitgliedschaft im Bündnis "Kommunen für biologische Vielfalt"
Vorlage: 19/SVV/0688
Einreicher: Fraktion CDU
- 5.10 Mehr gelb für Potsdam
Vorlage: 19/SVV/0698
Einreicher: Fraktion der Freien Demokraten
- 5.11 Bushaltestellen zu Oasen für Insekten machen
Vorlage: 19/SVV/0709
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
- 5.12 Sonderabstellplätze für Lastenräder
Vorlage: 19/SVV/0728
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
- 5.13 Stadtnatur fördern und erhalten für ein lebendiges Potsdam
Vorlage: 19/SVV/0733
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 5.14 Begrünung mit Straßen- und Stadtbäumen zwischen Lustgarten, Marstall und
Landtag
Vorlage: 19/SVV/0747
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
KUM, SBWL
- 6 Mitteilungen der Verwaltung

Niederschrift:**Öffentlicher Teil****zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Walter, begrüßt die Mitglieder und eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung / Feststellung der Sitzungszeiten

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 8 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Zur Tagesordnung ergehen die Bitten,

- den Tagesordnungspunkt 5.1 „Innovative Radverkehrslösungen in Golm“ (19/SVV/0037) auf die Septembersitzung zu vertagen, da der Ortsbeirat Golm zeitgleich zum hiesigen Ausschuss tagt und der TOP nicht vertreten werden kann,
- den Tagesordnungspunkt 5.7 „Abrissmoratorium Terrassenhaus Nutheschlange“ vorzuziehen und zu behandeln, sobald Frau Runge eintrifft,
- den Tagesordnungspunkt 5.13 „Stadtnatur fördern und erhalten für ein lebendiges Potsdam“ vor 5.9 vorzuziehen und zusammen mit 5.9 zu behandeln.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Frau Dr. Laabs beantragt Rederecht für die anwesenden sachkundigen Einwohner, die noch nicht rechtskräftig benannt sind.

Die Ausschussmitglieder signalisieren ihre Zustimmung. Eine offizielle Abstimmung erfolgt nicht.

Feststellung der Sitzungszeiten:

Vorschlag: 18 Uhr – 22 Uhr.

Der Vorschlag wird **einstimmig angenommen**.

zu 3 Bestellung des Schriftführers / der Schriftführerin

Der Ausschussvorsitzende schlägt Frau Franziska Anhoff vor.

Der Vorschlag wird **einstimmig angenommen**.

zu 4 **Wahl der/des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden**

Herr Krämer schlägt Frau Tina Lange vor, die an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen kann.

Andere Vorschläge ergehen nicht.

Der Ausschussvorsitzende informiert, dass die Bestätigung der Aufstellung zur Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden von Frau Lange schriftlich vorliegt und bei Bedarf eingesehen werden kann.

Der Wunsch besteht nicht.

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, die Wahl der/ des stellvertretenden Vorsitzenden offen vorzunehmen und stellt dies zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Vorschlag, Frau Tina Lange zur stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität zu bestimmen zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 5 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 5.1 **Innovative Radverkehrslösung in Golm**

Vorlage: 19/SVV/0037

Einreicher: Dr. Saskia Ludwig (Ortsbeirat Golm)

Zurückgestellt auf September 2019. (sh. Abstimmung zur Tagesordnung)

zu 5.2 **Weiteres Verfahren zum Bebauungsplan Nr. 142 "Schulstandort Waldstadt-Süd"**

Vorlage: 19/SVV/0723

Einreicher: Oberbürgermeister, Planungsbüro

Zum Tagesordnungspunkt liegen zwei Anträge auf Rederecht vor:

- Herr Rainer Pape (Anwohner)
- BI „Bürger für Waldstadt“ (Frau Woller)

Die Rederechte werden **einstimmig bestätigt**.

Herr Rainer Pape nimmt sein Rederecht als Anwohner wahr. Er bezieht sich in seinen Ausführungen hauptsächlich auf die geplanten Sportstätten, die an dieser Stelle nicht sinnvoll seien. Es solle nach Ausweichflächen gesucht bzw. neue Flächen durch die Landeshauptstadt Potsdam dazugekauft werden, um die Flächenbedarfslage zu entspannen.

Er verweist zudem auf das Landschaftsschutzgebiet sowie den qualitativ hochwertigen Mischwald, der von den Schulen beispielsweise als Lehrpfad genutzt werden könne.

Frau Woller nimmt das Rederecht stellvertretend für die Bürgerinitiative „Bürger für Waldstadt“ wahr. Vor dem Hintergrund des aktuellen Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung zum Klimanotstand müsse der Standort nochmals überdacht werden. Durch einen Förster sei der in Rede stehende Wald als Idealwald bescheinigt worden.

Frau Woller regt an, hiesige Sportvereine in die Versorgung mit Schulsportflächen einzubeziehen. Eine Mitnutzung der vorhandenen Vereinssportflächen durch Schulen über beispielsweise Arbeitsgemeinschaften würde den Bedarf an zusätzlichen Schulsportflächen reduzieren.

Herr Kümmel (Planungsbüro) bringt die Mitteilungsvorlage ein. Er erläutert den aktuellen Sachstand, den Planungsprozess sowie die weiteren Verfahrensschritte. Die entsprechende Präsentation ist dem Protokoll beigelegt. Er erinnert an den dringenden Bedarf an Sportflächen.

Frau Dr. Laabs sieht die Planungen kritisch und verweist u.a. auf die Qualität des Waldes, der im Begriff stehe, Altwald zu werden. Als solcher diene er als Habitat für geschützte Arten, die im Stadtgebiet erheblich zurückgegangen seien. Diese Chance sei vertan, würde man in den bestehenden Wald eingreifen. Dies sei auch nicht durch Ersatzpflanzungen an anderer Stelle auszugleichen. Auch die geplante Durchwegung müsse nochmals hinterfragt werden.

Herr Berlin bemängelt eine zu einseitige Berichterstattung der Verwaltung. Die Absage des Landes bezüglich des Landschaftsschutzgebietes sei nicht ohne Grund erfolgt und müsse mehr Gewicht in der Bewertung des Standortes haben. Er plädiert dafür, die laufende Prüfung von Bestandsflächen abzuwarten. Eventuell ergäben sich daraus geringere Bedarfe.

Herr Rubelt betont, dass Prüfungen hier stets fachlich fundiert und umfänglich vorgenommen werden. Fortlaufende Prüfungen gewährleisten einen aktuellen Stand der Bedarfe, denen die Verwaltung verpflichtet ist. In Bezug auf das Landschaftsschutzgebiet gab es intensive Auseinandersetzungen. Zudem haben Sportflächen im Allgemeinen und Schulsportflächen im Besonderen konkrete Anforderungen zu erfüllen, die nicht überall umsetzbar sind. Was ein wesentlicher Grund dafür ist, dass im Stadtgebiet kaum noch entsprechende Standorte zur Verfügung stehen. Darum müssen auch solche Flächen wie in der Waldstadt-Süd geprüft werden, was nie leichtfertig und stets umfänglich geschieht.

Herr Finken plädiert für eine stadtweite Prüfung. Einzelne Stadtgebiete isoliert zu betrachten sei nicht mehr zeitgemäß.

Herr Kümmel geht auf die Anmerkungen der Ausschussmitglieder ein und

erläutert den Standort Kulturbodendeponie, bei dem noch erhebliche Restriktionen bei der Unterbringung der benötigten Flächen bestehen. Er betont nochmals den dringenden Bedarf an Sportflächen und das zeitliche Korsett.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die Mitteilungsvorlage 19/SVV/0723 zur Kenntnis.

zu 5.3 Schulstandort Waldstadt-Süd

Vorlage: 19/SVV/0193

Einreicher: Fraktion DIE LINKE
KUM, B/Sp.

Herr Berlin beantragt für den Antragsteller, den Antrag bis September zurückzustellen, um eine angekündigte Stellungnahme Potsdamer Sportvereine abzuwarten und ihnen somit Gelegenheit zu geben gehört zu werden.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag auf Zurückstellung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 5.4 Planungen von Schulneubauten und Sportplätzen in der Waldstadt

Vorlage: 19/SVV/0691

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
KUM, B/Sp.

Frau Dr. Laabs bringt den Antrag ein.

Da er im Verbund mit dem Antrag 19/SVV/0691 behandelt werden soll, wird auch er bis September zurückgestellt.

Die Zurückstellung wird einstimmig angenommen.

zu 5.7 Abrissmoratorium Terrassenhaus Nutheschlange

Vorlage: 19/SVV/0612

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

Frau Dr. Laabs bringt den Antrag ein und begründet ihn. Hier geht es nicht um die Entscheidung für oder gegen den Abriss, sondern darum, Zeit zu gewinnen und den Betroffenen und Entscheidungsträgern die Möglichkeit zu geben, das Vorhaben zu prüfen.

Frau Runge (ProPotsdam) erläutert anhand einer Präsentation, die diesem Protokoll anliegt, den Zustand des Terrassenhauses. Zusammenfassend befindet sich das Gebäude aufgrund diverser schwerwiegender Mängel in einem unbewohnbaren Zustand. Eine Sanierung wäre nicht urheberrechtlich geschützt umsetzbar, da sich die Gestalt des Objektes nicht beibehalten ließe. Da die Sanierungskosten über den eines Neubaus liegen und keine Förderung möglich ist, ist eine Sanierung unwirtschaftlich. Frau Runge weist ebenfalls darauf hin,

dass selbst bei einer Sanierung nichts von der derzeitigen Bepflanzung übrigbliebe.
Zudem habe der Architekt seine Zustimmung zu Veränderungen am Gebäude, die durch eine Sanierung zwangsläufig eintreten, verweigert.

Nach weiterem Meinungsaustausch stellt Herr Walter den Antrag zur Geschäftsordnung, die Debatte zu beenden.

Für den Geschäftsordnungsantrag spricht Herr Dr. Wegewitz, dagegen Frau Dr. Laabs.

Jede Fraktion erhält noch einmal das Wort. Hierbei spricht sich die große Mehrheit der Mitglieder aufgrund der gravierenden Mängel für den Abriss aus.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, spätestens 2020 ein Werkstattverfahren zum weiteren Umgang mit der Wohnanlage Nutheschlange durchzuführen. Das Verfahren soll durch die Werkstatt für Beteiligung konzipiert, durchgeführt und begleitet werden.

Im Rahmen des Werkstattverfahrens sollen die Varianten 1. Abriss und Neubau und 2. Erhalt und Sanierung des Terrassenhauses in Bezug auf folgende Aspekte betrachtet werden:

- wirtschaftliche Auswirkungen für die städtische Wohnungsgesellschaft ProPotsdam
- wirtschaftliche Gesamtbetrachtung
- sozialpolitische Bilanz (bezahlbarer Wohnraum)
- Nachhaltigkeitsbetrachtung (CO₂-Bilanz, Energieverbrauch)
- Folgen für den Lärmschutz im Wohngebiet Zentrum Ost
- Bewertung von Wohnqualität und architektonischem Ensembleschutz
- ökologische Folgen (Einfluss auf vorhandene Mikrohabitate und Biotope)
- Konsequenzen für die Feinstaub-/Ozon- und Schadstoffbelastung der benachbarten Wohnareale

Die Stadtverordnetenversammlung behält sich die Bewertung der Werkstattergebnisse und die Entscheidung über die zu prüfenden Varianten vor.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass bis dahin seitens der Stadtverwaltung und der ProPotsdam keine Maßnahmen durchgeführt werden, die dem Abriss des Terrassenhauses oder der Vorbereitung des Abrisses dienen (Abrissmoratorium).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	3
Ablehnung:	5
Stimmenthaltung:	0

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 5.5 VBB-Kombiticket für Potsdamer Erstligavereine und publikumswirksamen Ligabetrieb

Vorlage: 19/SVV/0572

Einreicher: Fraktion CDU

KUM, B/Sp., FA

Herr Finken bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Es ergeht der Antrag zur Geschäftsordnung, den Antrag zur Behandlung in die AG Bürgerticket zu geben und zurückzustellen bis von dort ein Ergebnis vorliegt.

Dafür spricht Herr Berlin, dagegen Herr Finken.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mit 7:1:0 angenommen.

zu 5.6 Kostenloses Schüler- und Azubi-Ticket

Vorlage: 19/SVV/0597

Einreicher: CDU-Fraktion

KUM, B/Sp., FA

Herr Finken bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) weist auf die AG Bürgerticket hin, die auf Grundlage der Beschlüsse DS 17/SVV/0612 und DS 17/SVV/826 ins Leben gerufen wurde. Im Auftrag der Stadtverordnetenversammlung beschäftigt sich die AG mit Themen der zukünftigen ÖPNV-Finanzierung. Er empfiehlt, den Antrag zunächst zurückzustellen und in der AG Bürgerticket weiter zu vertiefen.

Frau Dr. Laabs möchte dieser Empfehlung folgen und stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, den Antrag zurückzustellen bis ein Ergebnis aus der AG Bürgerticket vorliegt.

Dafür spricht Herr Teuteberg, dagegen Herr Berlin.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Zurückstellung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mit 5:3:0 angenommen.

zu 5.8 Sanierung des Fuß- und Fahrradweges am Schafgraben

Vorlage: 19/SVV/0647

Einreicher: CDU-Fraktion

KUM, SBWL

Herr Finken bringt den Antrag ein und verweist auf das Votum aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und ländliche Entwicklung (SBWL), in dem der Antrag angenommen wurde.

Herr Schenke (Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen) informiert, dass eine Sanierung vorgenommen wird. Derzeit laufen Abstimmungen mit dem Wasser- und Bodenverband Nauen, ob die Böschung zwischen dem Weg zum Schafgraben saniert werden muss. Je nach Ergebnis wird entweder die Böschung inklusive des Weges gesamterneuert. Dies wäre in 2020 realistisch. Oder es wird nur die Wegeoberfläche saniert, was für den Herbst 2019 angestrebt wird.

Herr Dr. Wegewitz stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, den Antrag für durch Verwaltungshandeln erledigt zu erklären.

Für- und Gegenrede gibt es nicht.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mit 7:1:0 **angenommen.**

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag DS 19/SVV/0647 für durch Verwaltungshandeln erledigt zu erklären.

zu 5.13 Stadtnatur fördern und erhalten für ein lebendiges Potsdam
Vorlage: 19/SVV/0733

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Walter bringt die neue Fassung vom 27.8.19 ein und bittet um Zustimmung.

Herr Dr. Wegewitz erkundigt sich, was der Begriff Stadtnatur beinhaltet.

Herr Berlin hinterfragt, ob die Forderung des Antrages nicht bereits im Masterplan Klimaschutz inbegriffen ist.

Herr Rubelt erläutert, der Begriff Stadtnatur werde von der Verwaltung stadtwweit gesehen. Ziel sei die Qualifizierung einer übergeordneten Planung. Er bestätigt, dass die Forderung aus dem Antrag in Teilen auch schon im Masterplan Klimaschutz enthalten sei.

Der Ausschussvorsitzende stellt die neue Fassung des Antrags DS 19/SVV/0733 vom 27.8.19 zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende neue Fassung zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. auf Grundlage des Landschaftsplans ein stadtwweites

Aktionsprogramm zum Schutz, zum Erhalt und zur Stärkung der Stadtnatur in Potsdam mit konkreten Umsetzungsmaßnahmen für die nächsten fünf Jahre vorzulegen

sowie

2. bei der Aufstellung und Änderung von Bebauungsplänen dem Erhalt der Grün- und Naturräume, auch im Hinblick auf den Belang des Klimaschutzes sowie der Anpassung an die Folgen des Klimawandels, durch konkrete Festsetzungen im Rahmen der ordnungsgemäßen Abwägung ein besonderes Gewicht beizumessen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 5.9 Mitgliedschaft im Bündnis "Kommunen für biologische Vielfalt"

Vorlage: 19/SVV/0688

Einreicher: Fraktion CDU

Herr Finken bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Herr Dr. Wegewitz weist darauf hin, dass das angesprochene Bündnis bereits seit einiger Zeit existiert und bisher keinen großen Schwung entwickelt habe. Eine Mitgliedschaft wäre okay aber einen großen Output erwartet er nicht.

Herr Rubelt informiert über den leistbaren Jahresmitgliedsbeitrag in Höhe von 660 Euro. Problematisch sei vielmehr die personelle Ausstattung, für die derzeit keine Kapazitäten in der Verwaltung vorhanden seien. Vorstellbar wäre eine ehrenamtliche Übernahme durch beispielsweise Mitglieder dieses Gremiums.

Herr Schenke (Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen) teilt mit, dass eine Prüfung möglich sei, einen Mehrwert durch eine Mitgliedschaft sieht er jedoch nicht.

Nach weiterer Debatte ändert Herr Finken für den Antragsteller den Antrag in einen Prüfauftrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung ~~beschließt~~ **prüft** den Beitritt Potsdams zum Bündnis ‚Kommunen für biologische Vielfalt‘.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

1. die entsprechenden Schritte dazu einzuleiten **und Mitwirkungsmöglichkeiten zu prüfen,**
2. zentrale Handlungsfelder des kommunalen Naturschutzes des Bündnisses zu prüfen und ggf. zu übernehmen sowie mit konkreten Zielen und Maßnahmen für Potsdam zu unterlegen, wobei die bisherigen

Beschlüsse zum Thema aufzunehmen sind, damit eine einheitliche Handlungsgrundlage entsteht, die kontinuierlich weiter zu entwickeln und fortzuschreiben ist.

3. Die Unterzeichnung der Deklaration "**Biologische Vielfalt in Kommunen**" vorzubereiten und zu vollziehen.

Dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität im ersten Quartal 2020 eine erste Übersicht der Handlungsfelder mit den konkreten Zielen und Maßnahmen für Potsdam vorzutragen. ~~Der Beitritt zum Bündnis sowie die Unterzeichnung der Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“ sollen noch 2019 erfolgen.“~~

Der Ausschussvorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung ~~beschließt~~ **prüft** den Beitritt Potsdams zum Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

1. die entsprechenden Schritte dazu einzuleiten **und Mitwirkungsmöglichkeiten zu prüfen**,
2. zentrale Handlungsfelder des kommunalen Naturschutzes des Bündnisses zu prüfen und ggf. zu übernehmen sowie mit konkreten Zielen und Maßnahmen für Potsdam zu unterlegen, wobei die bisherigen Beschlüsse zum Thema aufzunehmen sind, damit eine einheitliche Handlungsgrundlage entsteht, die kontinuierlich weiter zu entwickeln und fortzuschreiben ist.
3. Die Unterzeichnung der Deklaration "**Biologische Vielfalt in Kommunen**" vorzubereiten und zu vollziehen.

Dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität im ersten Quartal 2020 eine erste Übersicht der Handlungsfelder mit den konkreten Zielen und Maßnahmen für Potsdam vorzutragen. ~~Der Beitritt zum Bündnis sowie die Unterzeichnung der Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“ sollen noch 2019 erfolgen.~~

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 5.10 Mehr gelb für Potsdam
Vorlage: 19/SVV/0698
Einreicher: Fraktion der Freien Demokraten

Herr Teuteberg bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Frau Dr. Laabs gibt zu bedenken, dass hierfür ein Umbau der Wartehäuschen nötig wäre, was wiederum nicht sehr klimafreundlich sei. Sie hat einige Änderungsideen, gegebenenfalls wird sie zur Stadtverordnetenversammlung einen Änderungsantrag vorbereiten.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) informiert, dass die Verträge zum Betrieb der Haltestellen zwischen der Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH (ViP) und privaten Unternehmen (insbes. WALL) bestehen. Eine Prüfung kann insofern nur mit Hilfe der ViP erfolgen. Mit Verweis auf die Kleine Anfrage DS 19/SVV/0668 „Begründung von Haltestellen“ wäre zunächst ein statischer Nachweis erforderlich, ob die zusätzlichen Lasten von den vorhandenen Konstruktionen getragen werden können.

Bei Neubauten von Wartehallen, wären grundsätzlich alle Wartehallenstandorte geeignet. Nur die Bepflanzung müsste in Abhängigkeit des jeweiligen Standorts und Sonneneinfalls unterschiedlich gewählt werden.

Letztlich ist vor allem zu prüfen, ob und welche zusätzlichen Kosten entstehen, wie diese finanziert werden sowie welche personelle Ausstattung benötigt wird und ob diese zur Verfügung steht.

Eine entsprechende Prüfung kann erfolgen, er bittet lediglich um etwas mehr Zeit.

Herr Teuteberg ändert den Termin zur Berichterstattung auf Dezember.

Herr Berlin stellt den Antrag zur Geschäftsordnung auf Ende der Debatte.

Für- und Gegenreden gibt es nicht.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig **angenommen**.

Der Ausschussvorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die Dächer der Bushaltestellen im Stadtgebiet und ggf. auch andere Dachflächen im öffentlichen Raum mit Mauerpfeffer und eventuell weiteren geeigneten Pflanzen ausgestattet werden können, die zum Arten- und Klimaschutz beitragen.

Nutzen und Aufwand sowie ggf. mehrere Alternativvarianten geeigneter Pflanzenarten sollen möglichst bis zur Stadtverordnetenversammlung im ~~November~~ **Dezember** 2019 dargestellt werden.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 5.11 Bushaltestellen zu Oasen für Insekten machen
Vorlage: 19/SVV/0709
Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Herr Krämer bringt den Antrag ein.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Gesprächen mit der Firma Wall prüfen zu lassen, inwieweit und unter welchen Voraussetzungen es möglich ist, bei der Neuerrichtung oder der Sanierung die Dächer der Haltestellen von Bus und Tram mit einem Gründach auszustatten.

Das Ergebnis der Prüfung ist der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung im Dezember 2019 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 5.12 Sonderabstellplätze für Lastenräder
Vorlage: 19/SVV/0728
Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Herr Krämer bringt den Antrag ein.

Herr Finken bringt den Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion ein.

Der Antrag wird um einen Punkt 2 wie folgt ergänzt:

2. „Die Stellplatzsatzung ist so zu ändern, dass für jede Wohneinheit künftig eine Fläche von mindestens 0,25 Stellplätzen für Fahrräder, Elektrofahrräder, Lastenfahrräder, Fahrradanhänger, E-Scooter usw. nachzuweisen ist. Die tatsächliche Herstellung dieser 0,25 Stellplätze soll abhängig vom Bedarf erfolgen. Bis dieser tatsächlich existiert ist diese Fläche als Grünfläche zur Verbesserung des Klimas in Wohngebieten vorzusehen. Ein Freikauf von dieser Verpflichtung ist nicht möglich.“

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) teilt mit, dass eine Prüfung im Rahmen der Verbesserung des Fahrradparkens in der Stadt vorgesehen ist. Schwerpunktmäßig seien hier Neubauvorhaben aufgenommen. Kritisch hingegen sieht er die in dem Ergänzungsantrag geforderte Flächenfestlegung. Diese sollte in die Prüfung aufgenommen aber nicht gleich fixiert werden.

Herr Finken geht auf die Bedenken ein und ändert seinen Ergänzungsantrag wie folgt:

2. „**Es ist zu prüfen, inwiefern die** Stellplatzsatzung ist so zu ~~ändern~~**geändert werden kann**, dass für jede Wohneinheit künftig eine Fläche von mindestens 0,25 Stellplätzen für Fahrräder, Elektrofahrräder,

Lastenfahrräder, Fahrradanhänger, E-Scooter usw. nachzuweisen ist. Die tatsächliche Herstellung dieser 0,25 Stellplätze soll abhängig vom Bedarf erfolgen. Bis dieser tatsächlich existiert ist diese Fläche als Grünfläche zur Verbesserung des Klimas in Wohngebieten vorzusehen. Ein Freikauf von dieser Verpflichtung **soll nicht möglich sein**.

Der Stadtverordnetenversammlung ist zum Ende des 1. Quartals 2020 über das Prüfergebnis Bericht zu erstatten.“

Der Ausschussvorsitzende lässt über den vorgenannten geänderten Ergänzungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

Der Ausschussvorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, geeignete Sonderabstellplätze für Fahrräder mit Anhängern und Lastenrädern auf für das Fahrradparken vorgesehenen Flächen und die Möglichkeit zum Halten und Parken auf Autoparkplätzen einzurichten.
2. **Es ist zu prüfen, inwiefern die Stellplatzsatzung so geändert werden kann, dass für jede Wohneinheit künftig eine Fläche von mindestens 0,25 Stellplätzen für Fahrräder, Elektrofahrräder, Lastenfahrräder, Fahrradanhänger, E-Scooter usw. nachzuweisen ist. Die tatsächliche Herstellung dieser 0,25 Stellplätze soll abhängig vom Bedarf erfolgen. Bis dieser tatsächlich existiert ist diese Fläche als Grünfläche zur Verbesserung des Klimas in Wohngebieten vorzusehen. Ein Freikauf von dieser Verpflichtung soll nicht möglich sein.**
Der Stadtverordnetenversammlung ist zum Ende des 1. Quartals 2020 über das Prüfergebnis Bericht zu erstatten.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 5.14 Begrünung mit Straßen- und Stadtbäumen zwischen Lustgarten, Marstall und Landtag
Vorlage: 19/SVV/0747
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
KUM, SBWL

Herr Twerdy bringt die neue Fassung vom 13.8.19 ein und erläutert sie.

Herr Schenke (Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen) informiert, dass ein Ergebnis für das 2. Quartal 2020 realistisch ist. Er schlägt vor, im Ausschuss zu berichten und keine Mitteilungsvorlage in die Stadtverordnetenversammlung einzubringen. Mit diesem Vorgehen erhielten die Mitglieder das Prüfergebnis aufgrund der hohen Vorlaufzeit von Mitteilungsvorlagen deutlich eher.

Der Antragsteller übernimmt den Termin sowie den Vorschlag, im Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität zu berichten.

Herr Teuteberg bittet, den finanziellen Aufwand inklusive Pflegekosten in die Prüfung einzubeziehen.

Der Ausschussvorsitzende stellt die geänderte neue Fassung zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die folgende (geänderte) neue Fassung zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Oberbürgermeister auf, unter Beachtung der erwünschten Sichtbeziehungen auf die stadtbildprägenden Gebäude ein Konzept für eine angemessene Begrünung zwischen Lustgarten und Filmmuseum (Marstall) vorzulegen. Dabei sollten folgende Maßnahmen geprüft werden:

- **Pflanzung von mehreren Straßenbäumen auf den bisher baumfreien Seiten der Schloßstraße nördlich und südlich der Breiten Straße;**
- **Ersatz der Bäume in Blumenkübeln durch eine Reihe von Straßenbäumen;**
- **Bepflanzung der mittleren Grünbecken vor dem Filmmuseum mit 2 kleinen Stadtbäumen;**
- **Entsiegelung der Mittelinsel der Breiten Straße und Bepflanzung mit niedrigen Sträuchern;**
- **Pflanzung eines Stadtbaums auf dem kleinen Platz, zu dem sich der Fußweg Breite Straße zwischen Feuerwehrezufahrt und Rampe zum Hotel Mercure öffnet;**
- **Begrünung der Mauern vor dem Hotel Mercure mit Rankepflanzen.**

Dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität ist im 2. Quartal 2020 das Ergebnis vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 6 Mitteilungen der Verwaltung

Herr Rubelt unterbreitet den Mitgliedern das Angebot einer Einführungsveranstaltung zur Arbeit des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität.

Die Mitglieder nehmen das Angebot an.

Eine Einladung, Termin und Tagesordnung erfolgen gesondert.

zu 7 Sonstiges

Herr Walter bezieht sich auf den Beschluss zum Klimanotstand und die darin festgelegte Entsendung eines Vertreters von Fridays for Future (FFF) in den Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität (KUM). Er erkundigt sich nach dem aktuellen Stand.

Gemäß Beschluss (DS 19/SVV/0543) wird ein Vertreter als beratendes Mitglied (ohne Stimmrecht) in den KUM-Ausschuss entsandt. Konkrete Festlegungen zur Position im Ausschuss sind in Arbeit. (Anm. der Protokollantin)

Andreas Walter
Ausschussvorsitzender

Franziska Anhoff
Niederschrift